

Medienmitteilung

Controllingbericht Abbau, Deponie, Transporte (ADT) 2017

Kiesbranche stützt Forderung der GPK nach besserer Datengrundlage und fordert Transparenz bezüglich des Berichts der Finanzkontrolle

Rubigen, 02. November 2017. Der Kantonale Kies- und Betonverband KSE Bern stützt die Forderung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Kantons Berns: Es braucht eine genauere Datengrundlage, um die Situation im bernischen Kies- und Deponiewesen besser zu verstehen und steuernd eingreifen zu können. Der KSE Bern macht diesbezüglich konkrete Empfehlungen. Die Aussage, die Preise im Kanton Bern seien überhöht, weist der KSE Bern jedoch entschieden zurück. Der KSE Bern fordert die Veröffentlichung des Berichts der Finanzkontrolle, der bis heute unter Verschluss gehalten wird.

Die Krise im Kies- und Deponiewesen hat ihren Ursprung im Deponieengpass in verschiedenen Regionen des Kantons Bern und dessen Folgen. Mit einer besseren Datengrundlage hätte sich dies vermeiden lassen. Mit dem heutigen Wissen hätte man bei der Realisierung des Wankdorfstadions oder bei den Umfahrungen Emdtal oder Saanen/Gstaad wohl auf Projektdeponien gesetzt. Dass der Kanton in solchen Fragen seine Führungsaufgabe besser wahrnehmen muss, hat die GPK deshalb richtig erkannt. Denn für Fehler, die im System liegen, sollen nicht einseitig die Marktteilnehmer verantwortlich gemacht werden.

Bessere Datengrundlage für Controlling ADT: KSE Bern macht konkrete Verbesserungsvorschläge

Mehr Transparenz zu schaffen, ist auch im Interesse der Kiesbranche. Der KSE Bern schlägt folgende Verbesserungen vor:

- Eine einzige Direktion soll zuständig sein für den Bereich Abbau, Deponie, Transporte (ADT).
- Das ADT-Controlling braucht mehr Ressourcen, sowohl technisch als auch personell.
- Es braucht mehr Expertise: Der KSE Bern bietet den Behörden die Zusammenarbeit an.
- Die erhobenen Daten sollen jährlich publiziert werden, um die Transparenz sicherzustellen.
- Der Kanton muss mit den Planungsregionen stärker zusammenarbeiten.

Die Aussage der Finanzkontrolle, die Preise im Kanton Bern seien erhöht, weist der KSE Bern jedoch entschieden zurück. Die Grundlage dieses Berichts ist unklar. Die Daten, welche die Bauunternehmen in der Submission von öffentlichen Aufträgen eingeben, sind keineswegs identisch mit den Preisen der Kies- und Betonunternehmen, da sie zusätzlich Margen der Bauunternehmungen wie auch teilweise zusätzliche Leistungen enthalten. Es ist zu befürchten, dass die verwendete Datengrundlage über erhebliche Bereiche falsch ist und mithin zu irrelevanten oder gar falschen Ergebnissen führt. Bisher wurden die Mitgliedsfirmen des KSE Bern von der Finanzkontrolle nicht angefragt, ihre effektiv umgesetzten Verkaufspreise offen zu legen.

Der KSE Bern hält fest, dass öffentliche Bauaufträge einer strengen Submissionsgesetzgebung unterliegen. Das garantiert einen marktkonformen Preis. Die Bau- und Kiesunternehmen stehen indirekt in einem intensiven Wettbewerbsverhältnis. Die Bauunternehmen verhandeln hart und suchen bei der Vergabe der Lieferaufträge

das günstigste Angebot. Der Vergleich mit anderen Kantonen ist weder transparent noch einfach.

Bericht der Finanzkontrolle bis heute unter Verschluss

Für den KSE Bern ist es stossend, dass der Bericht der Finanzkontrolle bis heute unter Verschluss gehalten wird und sich die betroffene Branche mit den Aussagen nicht detailliert auseinandersetzen kann. Eine Diskussion auf Augenhöhe ist so nicht möglich. Deshalb fordert der KSE Bern die Offenlegung des Berichts der Finanzkontrolle. Der KSE Bern ist der Meinung, dass rechtskräftige Ergebnisse der WEKO-Untersuchung abgewartet werden sollten, bevor der Kanton aktiv wird – sei es auf rechtlicher oder politischer Ebene.

Für weitere Auskünfte: Fritz R. Hurni, Präsident KSE Bern, Tel. 079 614 97 04